

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 49 | 07.12.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

LIT: SAVE THE DATE

[Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law an der JKU Linz am 11. Jänner 2018](#)

LIT: CALL FOR PAPERS

[Workshops im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des LIT Labs for Digital Transformation and Law am 12. Jänner 2018](#)

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 159/2017](#)

Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über **Hubschrauberdienste für den Zivil- und Katastrophenschutz im Land Tirol** (Verstärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes im Land Tirol durch die unmittelbare Einsatzbereitschaft eines Hubschraubers)

[BGBl I 160/2017 \(Anlage\)](#)

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die **Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2018 bis 2021** (Weiterführung und Ermöglichung der kostenlosen Teilnahme an Bildungsprogrammen in den Bereichen Basisbildung und Nachholen des Pflichtschulabschlusses zur Senkung des Anteils an gering qualifizierten Personen und Steigerung des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; erhöhte Kohärenz der Förderinstrumente der Länder und des Bundes in den genannten Bildungsbereichen)

[BGBl I 161/2017](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 44 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches sowie von Wortfolgen in §§ 1 und 2 und des § 5 Abs. 1 Z 1 des Eingetragenen Partnerschaft-Gesetzes durch den Verfassungsgerichtshof**

[BGBl II 338/2017](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, mit der die Österreichische Arzneitaxe geändert wird (**136. Änderung der Arzneitaxe**)

[BGBl II 346/2017](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die **Befreiungsverordnung Ökostrom 2012** geändert wird

[BGBl II 347/2017](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control über den Preis von durch die Ökostromabwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweisen 2018 (**Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2018** – HKN-V 2018)

[BGBl III 220/2017 \(Anlage\)](#)

Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der **Republik Armenien**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 318 v 02.12.2017, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2017/2215 der Kommission vom 30. November 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 474/2006 hinsichtlich der **Liste der Luftfahrtunternehmen**, gegen die in der Union eine **Betriebsuntersagung** ergangen ist oder deren Betrieb in der Union **Beschränkungen** unterliegt

[ABI L 319 v 05.12.2017, 80](#)

Beschluss (GASP) 2017/2234 des Rates vom 4. Dezember 2017 zur Änderung des Beschlusses (**GASP**) 2016/2382 zur Errichtung eines **Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs** (ESVK)

[ABI L 320 v 06.12.2017, 18](#)

Beschluss (EU) 2017/2239 der Europäischen Zentralbank vom 16. November 2017 zur **Änderung des Beschlusses** (EU) 2016/2247 über den **Jahresabschluss** der **Europäischen Zentralbank** (EZB/2017/36)

[ABI L 322 v 07.12.2017, 1](#)

Beschluss (EU) 2017/2240 des Rates vom 10. November 2017 über die Unterzeichnung — im Namen der Union — und die **vorläufige Anwendung** des Abkommens zwischen der **Europäischen Union** und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** zur **Verknüpfung** ihrer jeweiligen Systeme für den **Handel mit Treibhausgasemissionen**

[ABI L 322 v 07.12.2017, 29](#)

Beschluss (EU) 2017/2242 des Rates vom 30. November 2017 über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über die **Änderung des Internationalen Zucker-Übereinkommens** von 1992

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.11.2017, [E 86/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** und Feststellung der Zuständigkeit Bulgariens sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** mangels Heranziehung und Würdigung aktuellen Berichtsmaterials zur neu entstandenen Versorgungssituation von Asylwerbern in Bulgarien

24.11.2017, [E 1506/2017](#)

Tir JagdG; **Entzug des gesetzlichen Richters** durch Einstellung von Beschwerdeverfahren gegen Abschussaufträge nach Ende ihres zeitlichen Geltungsbereichs; Unzulässigkeit einer Beschwerde mangels eines an diese Bf adressierten Abspruchs

24.11.2017, [E 1741/2016](#)

AVG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** mangels Prüfung der behaupteten **Geschäftsunfähigkeit** im Zeitpunkt der Zustellung des Bescheids über die Rückforderung der Mindestsicherung infolge grober Verkennung der Rechtslage unter Verletzung des Prozessunfähigenschutzes

24.11.2017, [E 2456/2016](#)

Sbg MindestsicherungsG; Entzug des gesetzlichen Richters durch eine – von einem **unzuständigen richterlichen Kollegialorgan** gefällte – Entscheidung über Beschwerden gegen die Versagung von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Hinblick auf die vorliegende Einzelrichterzuständigkeit

24.11.2017, [E 2736/2017](#); [E 2792/2017](#)

EMRK; **ASVG**; Feststellung einer Verletzung im **Recht auf Entscheidung innerhalb angemessener Frist** durch ein Straferkenntnis wegen unterlassener Anmeldung eines Dienstnehmers zur Krankenversicherung vor Arbeitsantritt; keine Rechtfertigung der Verfahrensdauer von mehr als vier Jahren

24.11.2017, [E 2936/2016](#)

BVG-Rassendiskriminierung; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **Erteilung eines Aufenthaltstitels „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“** für Fachkräfte in Mangelberufen mangels Durchführung eines eigenen Ermittlungsverfahrens (wegen vermeintlicher Bindung an eine Stellungnahme des Arbeitsmarktservices) sowie mangels Berücksichtigung witterungs- bzw betriebsbedingter Lohnschwankungen bei Prüfung des geforderten Mindestentgelts

27.11.2017, [E 1001/2017 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Versagung von **Einreisiteln** für die staatenlose Ehegattin und die minderjährigen Kinder eines in Österreich anerkannten Flüchtlings; keine Darlegung der Gründe für die Verneinung der Qualifikation der Kinder als Familienangehörige

04.12.2017, [G 258/2017 ua](#) (Anlassfall [E 230/2016 ua](#))

ABGB; **Eingetragene Partnerschaft-G**; Verfassungswidrigkeit der **Voraussetzungen der Verschiedengeschlechtlichkeit für den Zugang zur Ehe** und der **Gleichgeschlechtlichkeit für die eingetragene Partnerschaft**; Verstoß der gesetzlichen Trennung verschiedengeschlechtlicher und gleichgeschlechtlicher Beziehungen in zwei unterschiedliche Rechtsinstitute gegen das Diskriminierungsverbot des Gleichheitsgrundsatzes

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.09.2017, [Ra 2016/19/0303 ua](#)

Dublin III-VO; AsylG; Kroatien ist zur Prüfung der (in Österreich gestellten) Anträge auf internationalen Schutz von Asylwerbern zuständig, wenn diese von einem Drittstaat kommend die Grenze zu Kroatien illegal überschritten haben; ein **illegales Überschreiten der Außengrenze** iSd Dublin III-VO liegt auch dann vor, wenn vor dem Hintergrund der Ereignisse Ende 2015/Anfang 2016 die kroatischen Behörden den Grenzübertritt duldeten; die danach erfolgten – gleichfalls von den Behörden geduldeten – Grenzübertritte von Kroatien nach Slowenien und von Slowenien nach Österreich ändern an der Zuständigkeit Kroatiens nichts

24.10.2017, [Ra 2016/10/0070](#); [Ra 2016/10/0079](#)

AVG; VwGVG; gem § 18 Abs 3 AVG muss jede schriftliche **Erledigung** durch die Unterschrift – bzw bei elektronisch erstellten Erledigungen durch ein Verfahren zum Nachweis der Identität des Genehmigenden und der Authentizität der Erledigung – genehmigt und einem bestimmten **Organwarter zurechenbar** sein; eine Erledigung kommt selbst dann nicht zustande, wenn ihre Ausfertigung allen Anforderungen des § 18 Abs 4 AVG genügt; die Zulässigkeit einer Beschwerde vor dem VwG setzt einen wirksam erlassenen Bescheid, gegen den sie sich richtet, voraus; ein solcher liegt ggst nicht vor; der Zulässigkeit der Beschwerde steht somit das Fehlen eines erstbehördlichen Bescheids entgegen

03.11.2017, [Ro 2016/11/0002](#)

GewebesicherheitsG; zwischen der in § 22 Abs 1 GewebesicherheitsG normierten Bewilligung für den **Betrieb einer Gewebebank** und der in Abs 2 leg cit normierten Bewilligung für die Änderung des Betriebs einer Gewebebank ist zu unterscheiden; da vom Begriff der Gewebebank gem § 23 Abs 1 leg cit insbesondere die Betriebsanlage umfasst ist, handelt es sich bei § 22 Abs 1 und 2 leg cit um mit § 77 GewO (Genehmigung einer gewerblichen Betriebsanlage) und § 81 GewO 1994 (Genehmigung der Änderung einer gewerblichen Betriebsanlage) vergleichbare Regelungen

10.11.2017, [Ro 2017/02/0023](#)

BankwesenG; Finanzmarkt-GeldwäscheG; ein Finanzinstitut gem § 1 Abs 2 Z 6 BankwesenG ist zur Einhaltung der Geldwäschebestimmungen des BankwesenG bzw des Finanzmarkt-GeldwäscheG verpflichtet; nach § 1 Abs 2 Z 6 BankwesenG ist ein Finanzinstitut, wer kein Kreditinstitut iSd Abs 1 ist und berechtigt ist, die **Erbringung von Schließfachverwaltungsdiensten** gewerbsmäßig durchzuführen, sofern er diese als Haupttätigkeit betreibt; weder der Wortlaut von § 1 Abs 2 Z 6 leg cit noch die Materialien, noch unionsrechtliche Bestimmungen sehen vor, dass ein Schließfachverwaltungsdienst nur bei Mitverschluss durch den Vermieter vorliegt

17.11.2017, [Ra 2017/02/0197](#)

Vbg WettenG; zur Sicherung der Aufgaben der Behörde nach § 10 Vbg WettenG haben die **Organe der Bundespolizei** gem § 14 Abs 2 leg cit der Behörde über deren Ersuchen im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereichs Hilfe zu leisten; demnach stehen den Organen der Bundespolizei nicht die Befugnisse nach § 10 leg cit zu, vielmehr haben die Organe der Bundespolizei nur **Mitwirkungsrechte** bei der Vollziehung von § 10 leg cit; für die selbstständige alleinige Vollziehung der Überwachungsaufgaben gem § 10 leg cit sind die Organe der Bundespolizei nicht zuständig; zwar mögen die Organe der Bundespolizei im Rahmen der Mitwirkung bei der Vollziehung des Vbg WettenG als Hilfsorgane der Behörde anzusehen sein, zu Organen der Behörde nach § 13 leg cit (Bezirkshauptmannschaft) werden sie dadurch nicht; es fehlt ihnen die Zuständigkeit zur (alleinigen) Vollziehung des Vbg WettenG

17.11.2017, [Ro 2016/02/0006](#)

FahrradVO; nach der FahrradVO muss jedes Fahrrad, das in Verkehr gebracht wird, mit **zwei voneinander unabhängig wirkenden Bremsvorrichtungen** ausgerüstet sein; mit diesen muss auf trockener Fahrbahn eine mittlere Bremsverzögerung von 4 m/s² bei einer Ausgangsgeschwindigkeit von 20 km/h erreicht werden; der „starre Gang“ bzw die „**starre Nabe**“ eines sogenannten „**Fixed-Gear-Bike (Fixie)**“ stellt keine Bremsvorrichtung iSd FahrradVO dar; die Wirkung der Bremsverzögerung bei der starren Nabe hängt allein vom Einsatz der jeweiligen Körperkraft und dem individuellen Geschick des Lenkers ab; die starre Nabe ist somit primär als Antriebsmechanismus und nicht als (eigenständige) Bremsvorrichtung anzusehen; um den Anforderungen der FahrradVO zu genügen, muss es sich vielmehr um einen eigenen Ausrüstungsgegenstand am Fahrrad handeln, der ausschließlich dem Bremsen eines Fahrrads dient

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[05.12.2017, Rs C-600/14, Deutschland / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – **Auswärtiges Handeln** der Europäischen Union – Art 216 Abs 1 AEUV – Art 218 Abs 9 AEUV – **Festlegung des Standpunkts**, der im Namen der Union in einem durch eine internationale Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten ist – Revisionsausschuss der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) – Änderung des Übereinkommens über den **internationalen Eisenbahnverkehr** (COTIF) und seiner Anhänge – Zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten **geteilte Zuständigkeit** – **Außenkompetenz** der Union in einem Bereich, in dem sie noch **keine gemeinsamen Regeln** erlassen hat – Gültigkeit des Beschlusses 2014/699/EU – Begründungspflicht – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

[05.12.2017, Rs C-42/17, M.A.S. und M.B.](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 325 AEUV – Urteil vom 8. September 2015, Taricco ua (C-105/14, EU:C:2015:555) – **Strafverfahren** wegen **Mehrwertsteuerstraftaten** – Nationale Regelung mit **Verjährungsfristen**, die die Straflosigkeit der Straftaten zur Folge haben können – **Beeinträchtigung** der **finanziellen Interessen** der **Europäischen Union** – Pflicht, jede Bestimmung des innerstaatlichen Rechts, die die unionsrechtlichen Pflichten der Mitgliedstaaten beeinträchtigen kann, unangewendet zu lassen – Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen

[06.12.2017, Rs C-230/16, Coty Germany](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – **Kartelle** – Art 101 Abs 1 AEUV – **Selektiver Vertrieb** von **Luxuskosmetika** – Klausel, die es Einzelhändlern verbietet, bei **Internetverkäufen** einen **nicht autorisierten Dritten** einzuschalten – Verordnung (EU) Nr 330/2010 – Art 4 Buchst b und c

[06.12.2017, Rs C-408/16, Compania Națională de Administrare a Infrastructurii Rutiere](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2004/18/EG – Geltungsbereich – Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – **Europäischer Fonds** für **regionale Entwicklung**, Europäischer Sozialfonds und Kohäsionsfonds – **Finanzierungsvertrag** für den **Bau einer Autobahn**, der mit der Europäischen Investitionsbank **vor dem Beitritt** des Mitgliedstaats **zur Europäischen Union** geschlossen wurde – Begriff der Unregelmäßigkeit im Sinne der Verordnung Nr 1083/2006

[07.12.2017, Rs C-598/15, Banco Santander](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – **Verbraucherverträge** – **Missbräuchliche Klauseln** – Befugnisse des nationalen Gerichts – Wirksamkeit des Verbraucherschutzes – Hypothekendarlehenvertrag – Außergerichtliches Verfahren zur **Vollstreckung** der **hypothekarischen Sicherheit** – Vereinfachtes gerichtliches Verfahren zur Anerkennung der dinglichen Rechte des Zuschlagsempfängers

[07.12.2017, Rs C-189/16, Zaniewicz-Dybeck](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wandererwerbstätigen** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 46 Abs 2 – Art 47 Abs 1 Buchst d – Art 50 – Garantierende – **Mindestleistung** – Berechnung der **Rentenansprüche**

07.12.2017, Rs C-329/16, *Snitem und Philips France*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Medizinprodukte – Richtlinie 93/42/EWG – Anwendungsbereich – Begriff ‚Medizinprodukt‘ – **CE-Kennzeichnung** – Nationale Rechtsvorschriften, die **Software zur Unterstützung** bei der Verschreibung von Arzneimitteln einem von einer nationalen Behörde festgelegten Zertifizierungsverfahren unterwerfen

07.12.2017, Rs C-567/16, *Merck Sharp & Dohme Corporation*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gewerbliches und kommerzielles Eigentum – **Patentrecht** – **Humanarzneimittel** – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 Buchst b – **Ergänzendes Schutzzertifikat** – Voraussetzungen für die **Erteilung** – Art 10 Abs 3 – Erteilung des Zertifikats oder Zurückweisung der Zertifikatsanmeldung – Richtlinie 2001/83/EG – Art 28 Abs 4 – Dezentralisiertes Verfahren

07.12.2017, Rs C-636/16, *López Pastuzano*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstellung der **langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen** – Richtlinie 2003/109/EG – Art 12 – Erlass einer **Ausweisungsverfügung** gegen einen langfristig Aufenthaltsberechtigten – Zu berücksichtigende Gesichtspunkte – Nationale Regelung – **Fehlende Berücksichtigung** dieser Gesichtspunkte – Vereinbarkeit

B. SCHLUSSANTRÄGE

05.12.2017, Rs C-478/16 P, *EUIPO / Group OOD (GA Campos Sánchez-Bordona)*

Rechtsmittel – Unionsmarke – Definition und Erwerb der **Unionsmarke** – **Relative Eintragungshindernisse** – Widerspruch des Inhabers einer nicht eingetragenen Marke oder eines sonstigen im geschäftlichen Verkehr benutzten Kennzeichenrechts – **Prüfung** durch die **Beschwerdekammer** – **Neue** oder **ergänzende Beweismittel** – Verstoß gegen Art 8 Abs 4 und Art 76 Abs 2 der Verordnung Nr 207/2009

05.12.2017, Rs C-451/16, *MB (GA Bobek)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – **Weigerung**, einer **Mann-zu-Frau-Transgender-Person**, die sich einer operativen Geschlechtsumwandlung unterzogen hat, mit 60 Jahren eine staatliche **Ruhestandsrente** zu **gewähren** – Voraussetzungen für die **Anerkennung einer Geschlechtsumwandlung** – Voraussetzung, eine **bestehende Ehe** für **nichtig erklären** zu lassen

06.12.2017, Rs C-565/16, *Saponaro und Xylina (GA Tanchev)*

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – **Brüssel-IIa-Verordnung** – ‚Anerkennung‘ der Zuständigkeit nach Art 12 Abs 3 – Internationale Zuständigkeit in Verfahren betreffend die **elterliche Verantwortung** – Zuständigkeit eines Gerichts eines Mitgliedstaats, bei dem ein Antrag auf gerichtliche Genehmigung der **Ausschlagung einer Erbschaft** im Namen eines **minderjährigen Kindes** anhängig gemacht worden ist – **Zuständigkeitsvereinbarung** – Art 1 Abs 2 Buchst b der Verordnung (EU) Nr 650/2012

06.12.2017, Rs C-472/16, *Colino Sigüenza (GA Tanchev)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unternehmensübergang** – Verbot der Kündigung wegen Übergangs – Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen – Richtlinie 2001/23/EG – **Auslaufende Konzession** zum Betrieb einer Musikschule – Verlust eines Dienstleistungsvertrags an einen Wettbewerber – Wirtschaftliche Einheit – Wirtschaftliche Einheit, die ihre Identität bewahrt – **Recht** auf einen **wirksamen Rechtsbehelf** – Art 47 der Charta der Grundrechte der EU

07.12.2017, Rs C-554/16, *EP Agrarhandel (GA Kokott)*

Vorabentscheidungsersuchen – Landwirtschaft – Art 117 der Verordnung (EG) Nr 73/2009 – Entscheidung der Kommission 2001/672/EG in der Fassung des Beschlusses 2010/300/EU – **Mutterkuhprämie** – Bewegungen von Rindern **verschiedener Haltungsorte** zu Weideplätzen in Berggebieten – Frist zur Übermittlung von meldepflichtigen Angaben – Auswirkung der **Fristversäumnis** auf die Prämienfähigkeit

[07.12.2017, Rs C-557/16, Astellas Pharma \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – **Genehmigung** für das **Inverkehrbringen** eines Generikums eines Referenzarzneimittels – Dezentralisiertes Verfahren – Befugnisse der zuständigen Behörde des beteiligten Mitgliedstaats – Gerichtliche Überprüfung – Bestimmung der **Unterlagenschutzfrist**

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

05.12.2017, Beschwerde Nr [19657/12](#), *Frisk und Jensen / Dänemark*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungs- und Pressefreiheit); **Verurteilung** von Journalisten (Bf) wegen Verleumdung wegen der Ausstrahlung einer kritischen Fernsehsendung über ein Krankenhaus und die dort durchgeführten Krebsbehandlungen; falsche Anschuldigungen führten zu öffentlichem Misstrauen gegen die im Krankenhaus angewandten Krebstherapien; die Verurteilung der Bf wegen Verleumdung stellt **keinen Verstoß** gegen die **Meinungsäußerungsfreiheit** dar; die Balance zwischen den Rechten der Bf und dem Recht der Fachärzte und des Krankenhauses, ihren Ruf zu schützen, wurde gewahrt

05.12.2017, Beschwerde Nr [57792/15](#), *Hamidovic / Bosnien*

Verletzung von **Art 9 EMRK** (Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit); **Verweigerung** eines Zeugen muslimischen Glaubens (Bf), seine Gebetskappe während eines Strafprozesses abzulegen; die **Verweisung** aus dem Gerichtssaal und die Verurteilung wegen **Missachtung** des Gerichts alleine wegen der Verweigerung der Abnahme der Gebetskappe sind **konventionswidrig**; die Verpflichtung von Amtsträgern, während der Ausübung ihrer Tätigkeiten vom Tragen religiöser Symbole abzusehen, ist von diesem Fall zu unterscheiden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.